

Beschluss Pumpspeicherkraftwerk Rio

Gremium: KV Trier
Beschlussdatum: 12.10.2020

Antragstext

- 1 Der Stadtverband Trier beantragt die Aufnahme folgenden Passus in das
- 2 Landtagswahlprogramm 2021 der Grünen RLP. Der Kreisvorstand reicht diese
- 3 fristgerecht als Änderungsantrag zum Programmentwurf ein.
- 4 „Die Grünen RLP befürworten eine Beteiligung des Landes an den notwendigen
- 5 Planungskosten des Pumpspeicherkraftwerkes RIO. Bei positiver Bewertung des
- 6 Projektes unterstützen wir die zur Verwirklichung dieser Infrastrukturmaßnahme
- 7 erforderlichen finanziellen Beteiligungen.“

Begründung

Fomal:

Die MV hatte die Einreichung bereits für die Inputphase beschlossen. Der Input wurde jedoch nicht in den Programmentwurf aufgenommen. Daher soll der Beschluss nun noch einmal erneuert werden, damit der Passus als Änderungsantrag des Kreisverbandes eingereicht werden kann.

Inhaltlich:

Energiewende ohne Stromspeicher ist unmöglich

Dass die Energiewende in Deutschland notwendig ist, um den Klimawandel ab zu schwächen, ist nun endlich ein Allgemeinplatz. Dass hierzu Investitionen in Milliardenhöhe notwendig sind, scheint in manchen Köpfen jedoch noch nicht angekommen zu sein.

Eine Energiewende mit Stromproduktion aus Wind & Sonne benötigt Stromspeicher, welche auf vielfältige Weise realisierbar sind. Gerade auch, weil die Forschung auf diesem Gebiet so intensiv ist, wie nie zuvor, gibt es diese Vielfalt, die ebenfalls nötig ist. Weil niemand wirklich weiß, in welche Richtung die technologische Entwicklung am Ende geht ...

Nichtsdestotrotz gibt es aktuell eine Speicherform von Strom (Wirkungsgrad die seit über 100 Jahren bekannt und erprobt ist. Und die sich sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll erwiesen hat - wenn man eben über viele Jahrzehnte rechnet und nicht nur über 20 Jahre, wie es (absurde) Wirtschaftlichkeitsberechnungen machen.

Die Sinnhaftigkeit von Pumpspeicherkraftwerken ist aber gebunden an die vorhandenen geographischen

Gegebenheiten. Gerade dann, wenn man bei ihrer Errichtung ökologisch rücksichtsvoll vorgehen will, Anders ausgedrückt: Pumpspeicherkraftwerke kann man sich nicht einfach aus den Rippen schneiden, geeignete Standorte sind selten, solange man nicht immense Eingriffe in die Natur vornehmen will.

- Energiewende ohne Investitionen des Landes ist unmöglich

Einen geeigneten Standort in RLP gibt es in der Nähe von Mehring (Landkreis Trier-Saarburg).

Die Stadtwerke Trier (SWT) haben diesen Standort gefunden und seine Entwicklung über Jahre und mit mehreren Millionen Euro voran getrieben. Das wichtigste, positive Ergebnis dieses Prozesses ist die uneingeschränkte Befürwortung dieses Pumpspeicherkraftwerkes durch alle beteiligten Kommunen und Umweltschutzverbände. Bis heute ist von niemandem zu hören, die Verwirklichung sei ökologisch nicht sinnvoll. Auch von Bürger*Innenprotesten war bisher nichts zu hören.

Woran es aber hapert ist die finanzielle Komponente - auch aufgrund der kontraproduktiven Gesetzgebung auf Bundesebene der letzten 15 Jahre. Während die SWT über mehrere Jahre Millionen Euro in die Entwicklung des Projektes gesteckt haben, wurde der Strommarkt finanziell immer unattraktiver für den Aufbau von Speicherkapazitäten. So, dass sich schlicht kein investor findet auf dem sogenannten freien Markt - welcher natürlich sofort zur Stelle wäre, würde sich das Projekt finanziell „rechnen“.

Der aktuelle Stand ist, dass das Projekt „pausiert“. Aufgrund der „Interventionen“ der Grünen Trier in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium RLP, den MdL Andreas Hartenfels aber auch Sven Teuber von der SPD, wurde das Projekt bisher nicht endgültig abgewickelt.

Und auch die Gremien der SWT wollten, wollen das Projekt nicht aufgeben - gerade jetzt nicht, wo doch die Dringlichkeit des Problems so in das Bewusstsein der Gesellschaft steigt. Daher beantragen wir, der Grüne Stadtverband Trier, dass als erstes die weitere Finanzierung des Projektes „PSKW RIO“ durch die Landesregierung RLP in unser Wahlprogramm aufgenommen wird.

- Eine Investition in die Zukunft

Und wir beantragen als zweites die Aufnahme in unser Wahlprogramm, dass bei einer positiven Bewertung des Projektes „PSKW RIO“ - also in ganzheitlicher Bewertung von ökonomischen

und ökologischen Zielen – das Land RLP sich finanziell an der Umsetzung des Projektes beteiligt. Eine solche Finanzierung ist nicht dasselbe wie z.B. die Millionen Subventionen in den Flughafen Hahn oder die Millionen Subventionen in den Nürburgring. Warum? Nun, als erstes, geht es bei einer Investition in das PSKW RIO um eine Infrastrukturmaßnahme für das ganze Land und eben nicht nur um die Unterstützung irgend eines privaten Investors. Zum zweiten ist aus mehr als hundert Jahren Erfahrung klar, dass solch ein PSKW eben gerade kein Fass ohne Boden ist, sondern sich rechnet über einen langen Zeitraum. Und das war die letzten hundert Jahre so, obwohl es gerade keine Zeit war, in der es darum ging, CO₂ mit Hilfe eines PSKW ein zu sparen. Nun gut, man könnte weiter warten. Auf technologische Fortschritte. Oder neue politische Bedingungen. Und ignorieren über hundert Jahre Erfahrung mit PSKW und ignorieren die Dringlichkeit des Klimawandels. Doch, alternativ: wir starten jetzt die Projekte, die uns aktuell voran bringen. Auch wenn dann eben „der Staat“ - hier also das Land RLP - als Teilnehmer des Marktes Position beziehen muss: mehr Lenkung, mehr Einsatz, mehr Engagement? In Anbetracht der Situation: natürlich ja!

A1 Gamesförderung RLP

Antragsteller*in: Christian Jaster & Thomas Zinnecker (KVen Trier & Westerwald)

Antragstext

1 Wir fordern eine Landesförderung für digitale Spiele. Schon längst sind Games
2 ein fester Bestandteil der Medienlandschaft und ein internationaler
3 Wirtschaftsfaktor. Rheinland-Pfalz verfügt über eine vielseitige
4 Unternehmenslandschaft im Games-Bereich sowie Games-relevante Studiengänge an
5 mehreren Hochschulen. Eine Gamesförderung unterstützt die nachhaltige
6 Erschließung dieses Potentials und die Anwerbung von internationalen Topkräften.
7 Wir möchten im Rahmen der Digitalstrategie des Landes eine Projektentwicklungs-
8 Förderung für Computer- und Videospiele aus Rheinland-Pfalz ins Leben rufen. Die
9 Förderung soll alle Entwicklungsschritte fördern, die eine erfolgreiche
10 Positionierung am Markt unterstützen. Dabei soll die Landesförderung
11 anschlussfähig an EU- und Bundesprogramme sein und durch Weiterbildungs- und
12 Fachberatungsprogramme sowie die Unterstützung von Veranstaltungsformaten
13 flankiert werden.

Begründung

Rheinland-Pfalz ist eines der wenigen Bundesländer ohne Gamesförderung. Dabei sind sowohl viele Hochschulprogramme als auch innovative Unternehmen hier ansässig. Dies führt kurzfristig zu stärkeren Hürden im Entwicklungsprozess und langfristig zu fehlender Wettbewerbsfähigkeit und Abwanderung von Fachkräften und Unternehmen in andere Bundesländer und ins Ausland. Eine EU-notifizierte Gamesförderung, die sämtliche relevanten Entwicklungsschritte fördert, sorgt für die Stabilisierung und Stärkung einer zukunftsorientierten Branche am Standort Rheinland-Pfalz.

A2 1,5 Grad Ziel anstreben

Antragsteller*in: Christian Jaster (KV Trier)

Antragstext

1 Der KV Trier und die GJ Trier-Saarburg fordert die Anpassung des
2 Landtagswahlprogramms in folgenden Bereichen, um einen konsequenten Klimaschutz
3 zu gewährleisten:

4 In Zeile 17 & 18 heißt es "Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden
5 setzen wir uns ein für mehr Klimaschutz und verfolgen das Ziel einer
6 klimaneutralen Gesellschaft."

7 Wir fordern eine Anpassung in "Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor.
8 Entschieden setzen wir uns ein für mehr Klimaschutz und verfolgen das Ziel einer
9 klimaneutralen Gesellschaft bis 2035. Zudem fordern wir einen
10 sektorenspezifischen Ausstiegsfahrplan, der auf Jahresebene konkrete,
11 auskömmliche Meilensteine für das Land und die Kommunen formuliert."

12 Weiterhin heißt es in Zeile 28 und 29:

13 "Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und
14 erreichen und dafür in den Klimaschutz investieren."

15 Dies soll geändert werden in:

16 "Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und
17 erreichen und dafür das Landesklimaschutzgesetz mit dem Ziel eines bis
18 spätestens 2035 klimaneutralen Rheinland-Pfalz weiterentwickeln."

Begründung

Das 1,5 Grad-Ziel ist nur mit einer klimaneutralen Gesellschaft bis 2035 überhaupt in Reichweite. Alles andere ist Symbolpolitik. Studien belegen die Machbarkeit dieses Ziels.

A3 Fluglärm

Antragsteller*in: Stefan Recktenwald (KV Trier)

Antragstext

1 Änderungsantrag für Kapitel 15 (Verbundenes Europa - Globale Verantwortung) -
2 Seite 101, Zeilen 196 bis 201 (Flugaktivitäten in der TRA Lauter).

3 Aktuelle Formulierung:

4 Die Nutzung von TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace, Luftübungsraum bei
5 Kaiserslautern) ist im Vergleich zu anderen Übungsräumen in Deutschland weit
6 überdurchschnittlich. Durch den militärischen Flugübungsraum sind viele
7 Bürger*innen von Rheinland-Pfalz von massivem militärischem Fluglärm belastet.
8 Wir setzen uns dafür ein, dass der Übungsflugbetrieb in der TRA Lauter auf das
9 absolute Minimum beschränkt wird.

10 Änderungsvorschlag:

11 Die Nutzung der TRA Lauter (Temporary Reserved Airspace, Übungslufttraum über dem
12 Saarland und großen Teilen von Rheinland-Pfalz - insbesondere Teile der Eifel,
13 Hunsrück, Rheinhessen und Pfalz) ist im Vergleich zu den anderen Übungsräumen in
14 Deutschland weit überdurchschnittlich. Durch den militärischen Flugbetrieb sind
15 sehr viele Menschen in Rheinland-Pfalz von massivem militärischen Fluglärm
16 belastet. Wir fordern, dass der Übungsflugbetrieb umgehend durch eine strikte
17 Begrenzung der Betriebszeiten und Nutzungsstunden im Sinne der dort lebenden
18 Bevölkerung reguliert und limitiert wird. Mittelfristig fordern wir eine
19 schrittweise Reduzierung der erlaubten Betriebs- und Nutzungszeiten, mit dem
20 Ziel der endgültigen Schließung der TRA Lauter spätestens 2024, einhergehend mit
21 der Verlagerung der POLYGON-Radarstationen.

22
23 Desweiteren fordern wir, dass ab sofort über alle tatsächlich angefallenen
24 Flugstunden (akkumuliert über alle einzelnen Flüge der deutschen Luftwaffe,
25 sowie der ausländischen Partner) in allen Übungsflugräumen in Deutschland
26 regelmäßig (d.h. mindestens quartalsweise) eine aussagekräftige Statistik durch
27 das Bundesverteidigungsministerium bereitgestellt wird, um so eine tatsächliche
28 Vergleichbarkeit der Nutzung der Übungsflugräume zu ermöglichen und eine
29 überdurchschnittliche Nutzung der TRA Lauter frühzeitig zu erkennen und
30 entgegenzuwirken.

Begründung

Die vorherige Formulierung ist nicht konkret und stark genug. An der Forderung nach einem "absolutem Minimum" kann sich im Nachhinein niemand messen lassen, da diese Größe nicht greifbar oder definierbar ist. Zusätzlich fehlt eine konkrete zeitliche Komponente in der Forderung.